



**Pressemitteilung
21. Februar 2023**

**Solidarität mit Geflüchteten
Willkommen statt Ausgrenzung
Containerdorf Ensdorf stoppen**

**Kundgebung am 25. Februar 2023 um 14 Uhr
RAG Gelände Ensdorf vor dem Containerdorf**

Aktion 3.Welt Saar, Seebrücke Saar und der Saarländische Flüchtlingsrat rufen zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen das in Ensdorf geplante Containerdorf für Geflüchtete auf und fordern eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten.

„Ob Bouillon oder Jost, Seehofer oder Faeser, der staatliche Rassismus zeigt sich mit dem Containerlager Ensdorf einmal mehr in der Abschreckung und Ausgrenzung von Geflüchteten“, erklärte Marie Schmitz im Namen der Seebrücke Saar. „Wir verurteilen, dass die Unterbringung im Containerlager Ensdorf an ein Gefängnis erinnert. Mit Ensdorf wird auch das Bild transportiert, dass Flucht eine Straftat ist und Geflüchtete gefährlich sind.“

Das Containerdorf wurde im Auftrag des saarländischen Innenministeriums auf einer umzäunten Industriebrache des Bergbaus errichtet. Die Menschen sollen dort unter der Kontrolle eines Sicherheitsdienstes in Kleincontainern wohnen.

„Im Containerdorf wird es weder Privatsphäre noch die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe geben. Deshalb lehnen wir diese Form der Unterbringung ab“, so Gertrud Selzer vom Vorstand der Aktion 3.Welt Saar. „Es gibt Alternativen, vorausgesetzt der politische Wille dafür ist vorhanden. Statt Isolation und Fremdbestimmung von Geflüchteten wäre nach wie vor die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen und anständigen Unterkünften in den Kommunen möglich.“

Alle drei Organisationen warnen davor, die schwierige Situation in den Kommunen auf dem Rücken der Geflüchteten auszutragen. So sei das Lager Lebach seit Jahren als Daueraufenthaltsstätte für Geflüchtete zweckentfremdet worden, was Aufnahmekapazitäten zur Erstorientierung blockiere. Darüber hinaus sei das Saarland aufgrund der herrschenden neoliberalen Wohnungspolitik bei Sozialwohnungen Schlusslicht in Deutschland. Gleichzeitig gebe es im Saarland einen enormen Leerstand an privaten Wohnungen und Häusern.

„Statt krankmachender Massenlager wie in Lebach und Ensdorf brauchen wir endlich eine Kultur des Willkommens und der Solidarität“, so Dilan Akdogan vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates. „Wer beispielsweise vor Krieg, dem Terror der Islamisten oder wegen der Zerstörung seiner Lebensgrundlagen fliehen muss, hat Anspruch auf Schutz und menschenwürdige Unterbringung. Hier steht die Landesregierung in der Verantwortung. Das Sortieren von Geflüchteten nach Herkunft oder so genannter Bleibeperspektive, wie es Innenminister Jost betreibt, lehnen wir ab.“